



Berufsorientierung und -vorbereitung und der Übergang Schule – Beruf im Landkreis Mittelsachsen

Ergebnisse der Experteninterviews und Handlungsempfehlungen für Politik,
Wirtschaft und Verwaltung

GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung



EUROPÄISCHE UNION

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort	3
1 Auftrag und Zielstellung	4
2 Die Befragung der Expertinnen und Experten	4
2.1 Auswahl der Interviewpartnerinnen und -partner	4
2.2 Erstellung und Abstimmung des Leitfadens	5
2.3 Durchführung der Interviews	5
2.4 Auswertung der Interviews	6
3 Ausgewählte Ergebnisse nach Themenfeldern	7
3.1 Wandel des Überganges Schule – Beruf	7
3.2 Die Wahrnehmung der Jugendlichen durch die Expertinnen und Experten	10
3.2.1 Berufswünsche und Berufswahl der Jugendlichen	10
3.2.2 Die Qualifizierung der Jugendlichen für eine Berufsausbildung	11
3.2.3 Förderschülerinnen und -schüler im dualen Ausbildungssystem	12
3.2.4 Lebensweltorientierte Perspektiven	13
3.3 Die Wahrnehmung der Eltern	14
3.4 Die Wahrnehmung der Schule	15
3.5 Maßnahmen zur Berufs- und Studienorientierung	18
3.6 Die Perspektiven auf die Unternehmen als Akteure	21
3.7 Die Wahrnehmung von Netzwerken und Kooperationen	23
3.8 Das Regionale Übergangsmanagement Mittelsachsen	24
4 Fazit und Empfehlungen	27
5 Literatur und Quellen	30
Anhang	31
Impressum	35

Vorwort

Die regionale Gestaltung der Übergänge von der Schule in die Berufsausbildung, in ein Studium und in die Arbeitswelt zu koordinieren und zu gestalten ist eine herausfordernde Aufgabe für die Landkreise und Städte. Wir danken allen Expertinnen und Experten für ihre Bereitschaft, uns ihre Expertise zur Berufsorientierung und zum „Lehrstück Übergang“ mitgeteilt zu haben. Für die konstruktive Zusammenarbeit mit Yvonne Gerstenberger, Nicole Schimkowiak und Ingmar Petersohn vom Regionalen Übergangsmanagement Mittelsachsen möchten wir uns an dieser Stelle ebenfalls bedanken. Ohne die Arbeit im Hintergrund, das Transkribieren von Interviews in sehr kurzer Zeit und die verwaltungstechnische Abwicklung des Projektes, hätten wir den Auftrag nicht in den wenigen Wochen ausführen können: Wir danken dafür Gabriela Beyer, Jenny Gaertke, Mandy Hepperle, Nadine Huber, Stephanie Meier, Birgitta Pillen, und Alice Schreiber.

Roßwein/Mittweida, im Mai 2013

Gudrun Ehlert, Stephan Beetz, Martina Lück und Timo Groß

1 Auftrag und Zielstellung

Das Landratsamt Mittelsachsen beauftragte Sopro e.V. in Kooperation mit der Hochschule Mittweida, das Projekt „Experteninterviews mit Akteuren im Bereich der Berufsorientierung und –vorbereitung und am Übergang Schule-Beruf im Landkreis Mittelsachsen zur Ableitung von Handlungsempfehlungen für Politik, Wirtschaft und Verwaltung“ durchzuführen. Im Zentrum der Untersuchung stehen die Einschätzungen und Bewertungen der befragten Expertinnen und Experten von Maßnahmen der Berufsorientierung und des Übergangs Schule-Beruf. In beiden Feldern existieren unterschiedliche Perspektiven, Interessen und Bewertungen der beteiligten Akteure. Dementsprechend geht es um eine kritische Einschätzung der bisherigen Situation, um konkrete Erfordernisse sowie alternative Lösungsansätze. Untersucht wird also, wie die vielfältigen vorhandenen Angebote und Unterstützungsstrukturen im Landkreis Mittelsachsen wahrgenommen werden und optimiert werden können.

2 Die Befragung der Expertinnen und Experten

2.1 Auswahl der Interviewpartnerinnen und -partner

Die Auswahl der Interviewpartnerinnen und Interviewpartner erfolgte nach Absprache mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Regionalen Übergangsmanagements Mittelsachsen. Dabei war es dem Forschungsteam wichtig, ein möglichst großes Spektrum an Expertinnen und Experten für die Interviews zu gewinnen um vielfältige Perspektiven abdecken zu können (vgl. Meuser, Nagel 2009, 468). Der Zugang erfolgte telefonisch, die potentiellen Interviewpartnerinnen und Interviewpartner konnten so gezielt über das Forschungsvorhaben informiert werden und die meisten Anfragen verliefen positiv. Eine Reihe angefragter Expertinnen und Experten verwies auf weitere potentielle Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner, so dass insgesamt 19 Interviews für die Untersuchung zur Verfügung stehen.

Interview		Interview	
1	Schulleitung Berufsschulzentrum	11	Handwerkskammer
2	Sächsische Bildungsagentur	12	Sächs. Staatsministerium für Kultus
3	Pädagogische Leitung Bildungsträger	13	Koordinierungsstelle Landratsamt
4	Schulleitung Mittelschule	14	Jugendberatung Freier Träger
5	Jobcenter	15	Ehrenamtliche Begleitung
6	Schulsozialarbeit Förderschule	16	Berufsberatung Agentur für Arbeit
7	Handwerkerschaft	17	Industrie- und Handelskammer
8	Ausbildungsberatung Landratsamt	18	Deutscher Gewerkschaftsbund
9	Elternrat	19	Berufseinstiegsbegleitung
10	Schulleitung Förderschule		

Tabelle 1: Übersicht der Interviews

2.2 Erstellung und Abstimmung des Leitfadens

Der Interviewleitfaden enthält Impulsfragen und ist offen gehalten, um Raum für eigene Schwerpunktsetzungen und Erläuterungen zu geben,¹ die Interviews dauerten entsprechend ein bis eineinhalb Stunden. Dem Prinzip qualitativer Forschung (Offenheit) entsprechend, kam es zu einer konstanten Überprüfung und Bearbeitung des Leitfadens während des Forschungsprozesses. Auf Grundlage der Audiodokumentationen sind umfangreiche Transkriptionen der Interviews angefertigt wurden. Für die Untersuchung nicht relevante Gesprächsabschnitte wurden nicht transkribiert, auf die Transkription von Dialekten und Füllwörtern wurde verzichtet, da die Auswertung der Interviews auf der inhaltlichen Ebene stattfindet.

2.3 Durchführung der Interviews

Die Interviews wurden in den jeweiligen Geschäftsräumen der Expertinnen und Expertinnen oder der Hochschule durchgeführt und mit einem Aufnahmegerät dokumentiert. Ein Interview erfolgte telefonisch. Zu jedem Interview wurde eine den wissenschaftlichen Standards entsprechende Datenschutzvereinbarung gezeichnet und ein Gesprächsprotokoll angefertigt.²

¹ Der Leitfaden befindet sich im Anhang, vgl. Anlage 1.

² Die Datenschutzerklärung befindet sich im Anhang, vgl. Anlage 2

2.4 Auswertung der Interviews

Die Auswertung der Experteninterviews folgt den von Meuser und Nagel beschriebenen Schritten der Transkription, Paraphrase, Kodierung, soziologischen Konzeptualisierung und theoretischen Generalisierung (vgl. Meuser, Nagel 2009, 476 f.). „Die Auswertung von Experteninterviews [orientiert sich] an thematischen Einheiten, an inhaltlich zusammengehörigen, über die Texte verstreuten Passagen – nicht an der Sequenzialität von Äußerungen je Interview“ (Meuser, Nagel 2009, 476). Die Textsequenzen werden paraphrasiert und den entsprechenden Kernthemen zugewiesen, dabei können einzelne Paraphrasen auch mehreren Textabschnitten zugeordnet werden. Im Anschluss erfolgt eine themengebundene Betrachtung der paraphrasierten Textabschnitte über das einzelne Interview hinaus.

In der Darstellung der Ergebnisse haben wir eine Zuordnung von Textabschnitten zu verschiedenen Themenbereichen vorgenommen. Dabei werden neben den Zusammenfassungen auch an einzelnen Stellen wörtliche Übernahmen aus den Interviews als Zitate wiedergegeben. Aus Gründen der Anonymität erfolgt dies ohne Quellenangaben. Darüber hinaus wird in der Zusammenschau der Ergebnisse der institutionelle Kontext der Interviewpartnerinnen und -partner ausgeblendet und wir verweisen nach dem Zufallsprinzip auf Expertinnen oder Experten. Mit dieser Darstellungsweise wahren wir die Anonymität der Interviewten und erhalten gleichzeitig die Vielzahl von Perspektiven. Die wörtliche Wiedergabe von Begriffen oder kurzen Textsegmenten erleichtert es, nachvollziehbar zu machen, welche Deutungsmuster im Diskurs über die Berufsorientierung und den Übergang Schule – Berufsausbildung gegenwärtig virulent sind. In jedem Themenfeld werden die Ergebnisse in einem Zwischenfazit gebündelt, dabei werden je nach Problemen mögliche Lösungsvorschläge skizziert.

3 Ausgewählte Ergebnisse nach Themenfeldern

3.1 Wandel des Überganges Schule – Beruf

Der Übergang von der Schule in die Ausbildung und die berufliche Tätigkeit stellt nicht nur eine wichtige Herausforderung im Lebensweg des einzelnen Jugendlichen, sondern auch der daran beteiligten Institutionen und bildungspolitischen Entscheidungsträger dar. Aus diesem Grund stellen wir dem Bericht die Wahrnehmung und Einschätzung der Interviewpartnerinnen und Interviewpartner zu den Veränderungen in diesem Übergang voran.

Bei der Auswertung der Interviews wurde ersichtlich, dass die Befragten über weite Strecken von grundlegend anderen Perspektiven und Aufgabenzuschreibungen im Übergang von der Schule in den Beruf ausgingen. Diese haben wir wie folgt systematisiert:

- Eine große Rolle spielt bei den Interviewpartnern der *Marktbezug*, d.h. es existiert die Auffassung einer notwendigen Abstimmung zwischen Angebot und Nachfrage an Ausbildungsplätzen, die in diesem Übergang – ggf. unterstützt durch bestimmte Koordinierungs- und Ausgleichsleistungen – erbracht werden muss.
- Einige Befragte heben – mehr oder weniger ausdrücklich – die *Institutionen* des Übergangs sowie deren Interessen, Einflüsse und Perspektiven hervor, welche den Übergang nicht nur begleiten, sondern ihn in einem erheblichen Maße auch prägen. Diese Perspektive erscheint uns ausgesprochen wichtig, weil sie oftmals nur angedeutet und wenig diskutiert wird.
- Als berufliche *Orientierung* wird von den meisten Expertinnen und Experten vor allem der Prozess einer reflexiven Auseinandersetzung mit individuellen Präferenzen und Neigungen einerseits sowie (regional vorhandenen, an bestimmte Abschlüsse gebundenen) Wahlmöglichkeiten und Berufsbildern andererseits verstanden. Jugendliche benötigen nach Einschätzung eines Interviewpartners Kenntnisse darüber „was möglich ist und was sie sich selber zutrauen können oder was sie selber leisten können und sie brauchen das Ziel, was sie erreichen können“. Eine Befragte versteht unter beruflicher Orientierung, einen Beruf zu finden, der den Neigungen entspricht und mit dem der Lebensunterhalt gesichert werden kann.
- Teilweise wird der Übergang von der Schule in die Berufsausbildung als *Schwelle* bezeichnet, an der Jugendliche scheitern (können): Hingewiesen wird auf die erhöhten Anforderungen dieses Übergangs; es sei „ein erster richtiger Anspruch“ weil die Schülerinnen und Schüler von einem geschützten Umfeld in eine für sie neue Lebenslage kommen. Weniger

im Blick sind die Selektionsmechanismen, d.h. wie an dieser Schwelle Jugendliche ‚ausgesiebt‘ werden.

- Schließlich wird der Übergang mit Fragen der (beruflichen) Sozialisation insgesamt, d.h. der persönlichen *Reife und Entwicklung* sowie der biographischen Annäherung an die Lebensthemen Ausbildung/berufliche Tätigkeit im Jugendalter in Zusammenhang gebracht.

Insgesamt können die Überlegungen und Aktivitäten, die im Übergang Schule – Ausbildung liegen, drei Ebenen zugeordnet werden:

1. *Passungsebene*: Auf dieser Ebene wird durch die Befragten vor allem geklärt, was Jugendliche interessiert und inwiefern bestimmte Berufsbilder zu den von ihnen artikulierten Präferenzen passen. Auf dieser Ebene sind viele Aktivitäten der Berufsorientierung angesiedelt. Sie dienen dazu, Fehlallokationen bzw. -entscheidungen durch ‚unrealistische‘ Berufsbilder, Selbsteinschätzungen oder Wahrnehmungen des Ausbildungsmarktes zu vermeiden. Sie zielen teils auf Informationswissen, teils auf Erfahrungswissen (Praktika, Hospitationen).
2. *Leistungsebene*: Die Befragten behandeln ausführlich, inwieweit die schulischen Leistungsanforderungen der Jugendlichen den erforderlichen Ausbildungs- und beruflichen Profilen entsprechen. Dabei spielen Fragen, welche Lehrplaninhalte hilfreich für die Ausbildung sind und die Qualität der schulischen Vermittlung eine Rolle
3. *Kompetenzebene*: Einen sehr breiten, aber teilweise diffusen Raum nehmen Fragen der sozialen Kompetenzen und der Motivation des Einzelnen ein. Offensichtlich wirken gerade unter den gegenwärtigen Bedingungen des Ausbildungsmarktes diese Merkmale hochgradig selektiv. Sie werden vor allem dem sozialen Kontext (insbesondere Eltern) zugerechnet – daran gekoppelt ist zumeist die ‚Unterschichten‘-Erklärung. Diese Ebene wird im Bericht eine besondere Rolle in Zusammenhang mit der Frage besitzen, wo und wie diese Kompetenzen gebildet werden.

Der Übergang von der Schule in die Berufsausbildung ist nach Einschätzung der Expertinnen und Experten in hohem Maße von regionalen Faktoren und Entwicklungen abhängig. Die Interviewpartnerinnen und Interviewpartner konstatieren für die letzten Jahre eine deutliche Veränderung der Kontextbedingungen in Mittelsachsen:

- Von nahezu allen Akteuren und Akteurinnen wird die *geringere Anzahl von Schulabgängerinnen und Schulabgängern* durch die demografische Entwicklung hervorgehoben, die gegenwärtig die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen stark reduziert.

- Vor allem unternehmensnahe Akteure und Akteurinnen machen darauf aufmerksam, dass in bestimmten Segmenten für die kommenden Jahre eine stark *wachsende Nachfrage* nach Arbeitskräften (vor allem in Handwerksbetrieben) zu erwarten sei.
- Von einigen Befragten wurde darauf aufmerksam gemacht, dass mehr Realschülerinnen und Realschüler mit guten Leistungen ein Abitur und weiterführend *ein Studium anstreben*: Dass bedeutet, dass vor allem leistungsschwächere Jugendliche den beruflichen Einstieg suchen.

Die Einschätzung der Situation auf dem Ausbildungsstellenmarkt basiere auf einer *Referenzsituation*: Das zahlenmäßige und qualifikatorische Angebot an Bewerberinnen und Bewerbern habe in den zurückliegenden Jahren „bestimmte Erwartungshaltungen“ seitens der Unternehmen gefördert. Durch die gegenwärtigen Veränderungen auf dem Ausbildungsstellenmarkt müss(t)en sich Betriebe stärker engagieren, um Lehrstellen mit ‚geeigneten‘ jungen Menschen zu besetzen. Während Unternehmen vor fünf Jahren noch gute Absolventen und Absolventinnen aus einem großen Bewerberfeld aussuchen konnten, hätten die angehenden Auszubildenden jetzt die Chance, sich ihre Unternehmen auszusuchen. „Da jeder sucht“ führt dies zu einer angespannten Situation. Wichtig erscheint uns hier, dass *nicht das ‚Früher‘ zum Maßstab von Lösungsansätzen genommen wird, sondern die gegenwärtigen Problemlagen Bewertungsmuster verändern*.

Obwohl die Einschätzung des Fachkräftemangels von allen Expertinnen und Experten pauschal geteilt wird, werden *erhebliche Differenzen in der Lage der Unternehmen* wahrgenommen: Nicht alle Ausbildungsberufe sind gleichermaßen von der Entwicklung betroffen. Kleine und mittelständische Unternehmen, die Mittelsachsen prägen, würden häufig ihre Auftragslage kaum in Jahresfrist überblicken und somit ungern die Verantwortung für einen Auszubildenden übernehmen. Außerdem würden viele die Kosten scheuen bzw. fehlen ihnen die Kapazitäten um auszubilden. Nach Ansicht der Expertinnen und Experten engagieren sich große Unternehmen deutlich stärker in der Gewinnung von Auszubildenden und können sich eher (noch) Auszubildende aussuchen. Der kleinere Handwerksbetrieb könne Leistungsschwächen von Auszubildenden schwerer abfedern, das würden größere Betriebe durch „Mitarbeiterpower“ und Management besser können.

Zwischenfazit: Auf der Ergebnislage erscheint es uns unerlässlich, dass sich *Akteure im Übergangsfeld von Schule – Beruf darüber verständigen, welches Verständnis und welche Ansätze sie in diesem Bereich vertreten*. Dies trifft in abgeschwächter Form auch für die Bewertung der Veränderungen in den Kontextbedingungen des Übergangs zu. Demographischer Wandel und Fachkräftemangel müssen sowohl in ihren Erscheinungsformen als auch in ihren Auswirkungen sehr differenziert diskutiert werden.

3.2 Die Wahrnehmung der Jugendlichen durch die Expertinnen und Experten

Im Zentrum der Wahrnehmung der Jugendlichen steht die explizit oder implizit formulierte Annahme, die Wirtschaft erwarte schulisch gut ausgebildete Persönlichkeiten mit klaren Berufsvorstellungen, die motiviert und leistungsbereit ihre Ausbildung absolvieren. Gleichzeitig wird davon ausgegangen, dass sich diese Erwartung nicht erfüllt, da durch die demografische Entwicklung nicht mehr genügend (gute) Schülerinnen und Schüler für den Ausbildungsstellenmarkt zur Verfügung stehen würden. Bemerkenswert ist, dass der erwartete bzw. bereits vorhandene Fachkräftebedarf – d.h. vor allem der Marktbezug – die Perspektive auf die Jugendlichen in fast allen Interviews bestimmt.

3.2.1 Berufswünsche und Berufswahl der Jugendlichen

Die Berufswünsche Jugendlicher kollidieren nach Einschätzung einiger Expertinnen und Experten mit den geforderten Leistungen. Wird unter diesen Voraussetzungen eine Ausbildung begonnen, fehle bei einem Teil der Jugendlichen die Motivation, Belastungen z.B. durch die jeweiligen Arbeitsbedingungen und -zeiten durchzuhalten. Dabei wird angenommen, dass die Belastungen bei der Berufswahl nicht bekannt seien, unterschätzt würden oder eine entsprechende Leistungsbereitschaft fehle. Schülerinnen und Schüler würden sich vor Beginn der Berufsausbildung nicht ausreichend über die Rahmenbedingungen informieren.

Ein großes Problem der Berufsorientierung sei neben den veralteten Berufsbildvorstellungen der Eltern, zum einen der Einfluss der Medien auf die Berufswahl durch die übertriebene Darstellung einiger Berufsgruppen, wie z.B. der des Koches und zum anderen die Unkenntnis der Schüler und Schülerinnen in Bezug auf die Vielzahl von Berufsmöglichkeiten. (Unrealistische) Berufswünsche würden stark durch die Medien beeinflusst, lautet dementsprechend eine weit verbreitete Annahme. Dabei wird in diesem Zusammenhang von wenigen Interviewpartnerinnen und -partnern auf mögliche unterschiedliche Interessen von Mädchen und Jungen hingewiesen. Hier werden gleichwohl *Geschlechterstereotype transportiert*, wenn es in einem Beispiel heißt, für Mädchen scheint „der Laufsteg“ der Traumberuf zu sein. Wenn an dieser Vorstellung festgehalten werde, fehle eine Perspektive der Wertschätzung von Arbeit und realistischen Einschätzungen von beruflichen Tätigkeiten. Dementsprechend schwierig sei es dann beispielsweise, in der Altenpflege zu arbeiten.

In einer Experteneinschätzung wird in der Berufswahl eine große Unsicherheit wahrgenommen, auf die Frage, was das größte Hemmnis beim Übergang Schule – Ausbildung für die Jugendlichen sei, lautet eine Antwort: „Na, vielleicht wirklich: auswählen zu müssen aus den vielen Möglichkeiten. Sich eines auszusuchen aus ganz, ganz vielen Möglichkeiten und eigentlich trotzdem nicht zu wissen, ob das das

ist, was man machen will.“ In dieser Perspektive deuten sich Anforderungen dieser Lebensphase an, in der *biographische Entscheidungen unter unsicheren Bedingungen gefällt sowie selbständig bewältigt und verantwortet werden müssen* (vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2013, 186 f.).

3.2.2 Die Qualifizierung der Jugendlichen für eine Berufsausbildung

In der Einschätzung der Qualifizierung der Jugendlichen für eine Ausbildung liegen die Wahrnehmungen der Expertinnen und Experten weit auseinander. So wird einerseits die Ansicht vertreten, dass durch die Schule die Basis für eine Berufsausbildung gelegt werde. Die Betriebe könnten „keine fertigen Auszubildenden“ erwarten, sie trügen ebenso die Verantwortung für die Entwicklung der jungen Menschen, dafür stünden in der Regel drei Ausbildungsjahre zur Verfügung. Andererseits wird behauptet, die Schule bereite nicht genügend auf eine Ausbildung vor und die Jugendlichen würden die Anforderungen der Unternehmen nicht erfüllen können. Viele Jugendliche würden als nicht „ausbildungsreif“ eingestuft, aufgrund fehlender Kenntnisse in Mathematik und Deutsch. Hervorgehoben wird aber auch ein „Mangel an Sekundärtugenden“, wie Höflichkeit und Pünktlichkeit oder es wird von den fehlenden „klassischen Arbeitstugenden“ wie Durchhaltevermögen, Frustrationstoleranz, Disziplin und Ordnung gesprochen. Ein Teil der Jugendlichen sei außerdem mit der neuen Situation in einer Ausbildung völlig überfordert und könne mit den neuen Anforderungen, wirtschaftlichen Zwängen und Stress nicht umgehen.

In diesen verschiedenen Sichtweisen werden schulische Basiskenntnisse, die Lernmotivation sowie das Arbeits- und Sozialverhalten zum Maßstab für die Beurteilung der Jugendlichen. Dabei verschiebt sich nach Aussagen verschiedener Expertinnen und Experten die Gewichtung – die Schulnoten gelten nicht mehr als alleiniger und wichtigster Maßstab. So heißt es beispielsweise, auch Hauptschüler und -schülerinnen seien für das Handwerk sehr attraktiv; der Wille zum Arbeiten sei inzwischen wichtiger als gute Noten; in der theoretischen Ausbildung würden dann Ausbildungshilfen zur Unterstützung der schulischen Leistungen zum Tragen kommen. In vielen Berufen seien Noten nicht so entscheidend, wichtig sei das „Zupacken“ (auch an Feiertagen) und die Teamfähigkeit. Diese Einschätzung wird in einem Interview wie folgt zusammengefasst: Ein (Haupt-)Schulabschluss sei eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung für einen Beruf, es brauche vor allem Motivation, Leistungsbereitschaft und „persönliche Tugenden“. In dieser Perspektive fokussieren die Expertinnen und Experten eine effektive und effiziente Bewältigung von Anforderungen des beruflichen Alltags. Dass Jugendliche und junge Erwachsene aufgrund ihrer jeweiligen Ressourcen in unterschiedlicher Art und Weise auf diese Anforderungen reagieren, auch mit Verzögerungen, Verweigerung und Wiederholungen scheint nur selten Berücksichtigung zu finden.

Die Wahrnehmung von Förder- und Hauptschülerinnen und -schülern ist bestimmt von der Perspektive, dass diese, die in theoretischen Leistungen nicht so gut seien, in praktischen Tätigkeiten jedoch „ganz super Leistungen erbringen“ könnten. Auf dem ersten Ausbildungsstellenmarkt solle man Förderschülern und -schülerinnen mehr zutrauen. Erfahrungen in den Praxisbetrieben während der Praktika würden zeigen, dass sie mit Ausdauer an Arbeiten herangehen könnten und sehr belastbar seien. Weitere Attribute, mit denen Haupt- oder Förderschülerinnen und -schüler versehen werden, lauten, sie seien „sehr dankbare, sehr treue Mitarbeiter“, „anhänglich“, „belastungsfähig“, wenn sie überschaubare Tätigkeiten ausführen würden, „dann funktionieren die Eins-A“. Hier zeichnet sich ein Diskurs ab, in dem die Jugendlichen infantilisiert und mehrheitlich unter funktionalen Gesichtspunkten beurteilt werden.

3.2.3 Förderschülerinnen und -schüler im dualen Ausbildungssystem

Über die Frage der Integration von Förderschülerinnen und Förderschülern in das duale Ausbildungssystem zeigen sich kontroverse Einschätzungen. Eine Position lautet, dass leistungsschwächere Jugendliche an den „doch recht hohen Berufsschulleistungen“ scheitern. Durch die gemischte Zusammensetzung der Berufsschulklassen könnten die Jugendlichen die Anforderungen der Berufsschule nicht erfüllen. Förderschülerinnen und -schüler mit der Klassifizierung für einen Reha-Beruf seien in der Struktur eines Unternehmens aufgrund ihrer „mangelnden theoretischen Leistungen fehl am Platz“, das ließe sich auch nicht durch ausbildungsbegleitende Hilfen kompensieren. Die Schülerinnen und Schüler bräuchten eine Ausbildung bei einem Bildungsträger mit verlängerten Ausbildungszeiten, eigenen Curricula sowie einer Betreuung und Begleitung durch Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter.

Nach einer häufiger vertretenen Einschätzung hat sich aufgrund der demografischen Entwicklung die Situation im Ausbildungsstellenmarkt für Haupt- und Förderschülerinnen und -schülern verändert. So sei die Anzahl Jugendlicher mit besonderem Förderbedarf in außerbetrieblichen Einrichtungen in den letzten Jahren zurückgegangen, weil immer mehr Unternehmen den Jugendlichen eine Ausbildung in ihren Betrieben ermöglichen würden. Bei kooperativen Modellen sind die Betriebe für die praktische Ausbildung zuständig, die Jugendlichen besuchen die Berufsschule und ein Bildungsträger ist für zusätzliche Unterstützungsmaßnahmen verantwortlich. Die Anforderungen bei der theoretischen Ausbildung in der Berufsschule stellen eine Hürde beim angestrebten Ausbildungsabschluss dar.

Für Schülerinnen und Schüler mit besonderem Förderbedarf sei es entsprechend wichtig, schon in der Schule Unterstützung von Sozialpädagoginnen und -pädagogen zu erhalten, da diese den Übergang von der Schule in die Berufsausbildung allein kaum bewältigen können. *Praxiserfahrung* ist für alle Schüler und Schülerinnen, aus Sicht der Expertinnen und Experten, ausgesprochen wichtig, dies ver-

mittelt gerade auch lernschwachen Schüler und Schülerinnen Orientierung, Erfolge und Kontakte in Unternehmen. Durch Ganztagsangebote werden der Berufsorientierung förderliche Schwerpunkte offensichtlich unterstützt. Ein Gesprächspartner vertritt dabei die Ansicht, dass in der sechsten Klasse ein Schüler in der Lage sein müsse, die eigenen Stärken, Fähigkeiten und Neigungen zu kennen. Diese Unterstützung bräuchte es dann auch im Unternehmen, sowie durch ausbildungsbegleitende Hilfen der Agentur für Arbeit. Bei der entsprechenden Motivation und Bereitschaft der Jugendlichen sei ein Berufsabschluss möglich.

3.2.4 Lebensweltorientierte Perspektiven

Aus Sicht mehrerer Interviewpartnerinnen und -partner haben sich die Probleme des Aufwachsens Jugendlicher in den letzten Jahren stark gewandelt, so sei die Lebenswelt einiger Schülerinnen und Schüler von unterschiedlichen Problemlagen geprägt. Aus dieser Perspektive ist die Bewältigung des Schritts in den Ausbildungsprozess nur ein Problem von vielen. Für Jugendliche seien neben der Auseinandersetzung mit der Berufsorientierung und der Berufswahl häufig andere Bereiche wichtig: Schulfrust, Freundschaften, familiäre Probleme, Beziehungsprobleme, Wünsche zu Hause auszuziehen, finanzielle Probleme, Familienplanung. Für die Jugendlichen gehe es dabei um etwas „ganz Existenzielles“. Jugendliche befinden sich in dieser Lesart in einer *sensiblen Lebensphase*, in der sie Unterstützung bedürfen. Notwendig sei ein lebensweltlicher, unterstützender, begleitender, fallorientierter Ansatz.

In einigen Interviews gilt die Wahrnehmung ausdrücklich der Gruppe von Jugendlichen mit *multiplen und stark verfestigten sozialen Problemlagen*. Die Ursachen der Probleme werden dabei vor allen Dingen in der Familiensituation verortet. Die Jugendlichen hätten in der Schule und später auch im Berufsvorbereitungsjahr (BVJ) kaum eine Perspektive; das Hilfesystem (Jugendamt u.a.) erreiche die Jugendlichen nicht, weil es die vielfältigen Problemlagen gar nicht aufgreife. Der Schulfrust sei sehr hoch, durch das Ableisten der Schulpflicht beispielsweise durch das BVJ sei die Schulzeit sehr lang, Chancen auf dem Arbeitsmarkt hätten die Jugendlichen kaum. Hier werden Sozialisationsdefizite und vor allem Motivationsprobleme ausgemacht, es sei sehr schwer den Jugendlichen Perspektiven „jenseits von Hartz IV“ aufzuzeigen, „eine andere Welt zu öffnen“. Es wird aber auch über Projekte berichtet, in denen es gelungen sei, benachteiligte Schülerinnen und Schüler zu erreichen. Sie bräuchten Angebote, durch die sie die Möglichkeit haben, sich auszuprobieren, ein Gefühl für ihre Stärken und Schwächen zu bekommen und eine eigene Perspektiven zu entwickeln. Dabei wird deutlich, dass es besondere Unterstützungsangebote und Projekte braucht, um einer Verfestigung der Benachteiligung bestimmter Gruppen junger Menschen aktiv entgegenzuwirken.

Zwischenfazit: Nur in wenigen Interviews werden die Bedeutung der Jugendphase, die Widersprüche jugendlichen Lebens und die Krisenhaftigkeit des Erwachsenwerdens thematisiert (vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2013, Sichter mann 2013). Vielmehr scheinen von ökonomischen Interessen geleitete, normative Bilder über Jugendliche und junge Erwachsene zu dominieren: *Schulische Leistungen und (fehlende) Motivation gelten überwiegend als Effekte der sozialen Herkunft. Die Interessen und Fähigkeiten sowie die eigenen Lebensentwürfe der jungen Menschen geraten in diesen Deutungsmustern völlig aus dem Blick.*

In den Interviews wird mehrheitlich von jungen Männern im Übergang in eine Ausbildung im dualen System ausgegangen, *ohne dass eine geschlechterdifferenzierende Perspektive explizit eingenommen wird.* Vollzeitschulische Ausbildungen im Schulberufssystem, die mehrheitlich von jungen Frauen absolviert werden, erfahren wenig Aufmerksamkeit. Die geschlechtsspezifischen Segmentierungen dieser Ausbildungsgänge sowie die nach wie vor bestehenden geschlechterdifferenzierten Zugänge zu Berufen des dualen Ausbildungssystems werden ebenfalls kaum thematisiert.

3.3 Die Wahrnehmung der Eltern

In mehreren Interviews wird thematisiert, dass mit der fortschreitenden Entwicklung eines Jugendlichen der Einfluss von Eltern auf ihre Kinder abnimmt. Eltern würden in ihrer Bedeutung für die Jugendlichen und jungen Erwachsenen immer mehr in den Hintergrund treten. Im Bereich des Überganges zwischen Schule und Ausbildung sind die Jugendlichen je nach Abschluss oder Schulabgang noch minderjährig oder bereits volljährig. Die Erwartungshaltung der Institutionen richtet sich aus Sicht der Befragten dabei vorrangig an Eltern Minderjähriger, nicht nur was die gesetzlichen Ansprüche, wie die Erfüllung der Schulpflicht betrifft. Bei den Expertinnen und Experten besteht eine grundsätzliche Erwartungshaltung an die Eltern: Wichtig seien vor allem die Vorbildfunktion von Eltern für ihre Kinder sowie die Vermittlung sozialer Kompetenzen und Sekundärtugenden. Diese Erwartungen stehen allerdings in einem Gegensatz zu dem Bild von Eltern, das die Befragten von einem Teil der Eltern haben. Einige Eltern werden in ihren Kompetenzen als stark defizitär wahrgenommen, sie sind aus Sicht der Befragten nicht in der Lage, ihre Kinder im Bereich Wissen oder in der Werte- und Normenvermittlung zu fördern. Hierbei ist zu betonen, dass dieser Blick sich nicht grundlegend auf alle Eltern richtet, sondern eine bestimmte Elterngruppe im Fokus dieser Wahrnehmung und Erfahrungen steht. Dabei stellen die Expertinnen und Experten mehrfach die Frage, wie sie diese Eltern in der Schule, Berufsorientierung und Ausbildung erreichen und einbinden können.

Wenn Expertinnen und Experten in den Interviews über Vorbildfunktionen der Eltern sprechen, beziehen sie sich häufig auf das Fehlen eines Berufsalltages. Dies führe aus Sicht einiger Interviewpartner zur Chancenungleichheit zwischen Jugendlichen, da vom Elternhaus die Lebens- und Lernbedingungen der Schülerinnen und Schüler abhängig seien. Die Jugendlichen wären kaum oder gar nicht motiviert und hätten eine lückenhafte Berufsbiografie in ihr Lebenskonzept übernommen, so dass teilweise die Einsicht in die Notwendigkeit einer Erwerbsarbeit fehle. Sie hätten im Rahmen ihrer familiären Bezüge gelernt, sich mit den geringen finanziellen zur Verfügung stehenden Mitteln einzurichten und empfinden die Unterstützung des Staates als etwas Normales, so dass es aus Sicht der Jugendlichen, nach Expertenmeinung, keine Motivation für den Start in eine Ausbildung und eine geregelte Erwerbsbiografie gäbe. Ebenso würden einige Elternhäuser, aus Sicht einzelner Expertinnen und Experten bei der intellektuellen Auseinandersetzung mit den Aufgaben des Alltags scheitern, dass wirke sich bei den Kindern erschwerend bei der Suche nach einer Ausbildungsstelle und in der Berufsausbildung im allgemeinen aus.

Ein solch defizitärer Blick auf die Eltern und die Jugendlichen verstellt den Blick auf den Wandel der Arbeitswelt, die allen Jugendlichen weniger anschaulich gegenüber steht. Auch wenn von den Expertinnen und Experten konstatiert wird, dass es eine generelle Herausforderung vieler Eltern zu sein scheint, dass diese sich im Bildungs- und Ausbildungssystem, den gewandelten Berufsbildern und den eigentlichen Interessenlagen ihrer Kinder zu wenig auskennen, bleibt diese Feststellung häufig mit Schuldzuweisungen von ‚falschen‘ Orientierungen verbunden.

Zwischenfazit: Der familiäre Kontext vor allem benachteiligter Jugendlicher und junger Erwachsener erfährt einen überwiegenden defizitären Blick durch die Experten und Expertinnen. Die Problemlagen Jugendlicher werden scheinbar individualisiert, so dass auch die Problemlösung aus dieser Betrachtung heraus im familiären Kontext gesucht wird. *Damit wird die Verantwortung für Problemlagen völlig von der gesellschaftlichen sowie politischen Verantwortung gelöst und eine Suche nach Ursächlichkeiten und Handlungsoptionen jenseits des Elternhauses außen vor gelassen.* Die Einbettung des Systems Familie im System Gesellschaft bleibt damit unbeachtet.

3.4 Die Wahrnehmung der Schule

Den Ausgangspunkt für die Berufsorientierung an den Schulen bilden die gesetzlichen Grundlagen und die Lehrpläne. Die Sächsische Strategie zur Berufs- und Studienorientierung, die am 30.04.2009 zwischen dem Freistaat Sachsen, der Regionaldirektion Sachsen und der Bundesagentur für Arbeit vereinbart wurde, zielt auf „die Verbesserung der Berufswahlkompetenz, das Erreichen der Ausbildungsreife,

der Studierfähigkeit sowie de[n] reibungslose[n] Übergang von Schule in den Beruf oder das Studium. Bei der Berufs- und Studienorientierung von Schülern an Mittelschulen, Gymnasien sowie Schulen zur Lernförderung wirkt die Berufsberatung als Partner mit“ (Good Practice Center 2013). Der Bildungsauftrag der Schule hat sich in den letzten Jahren verändert; *in den Fokus rückt der Anschluss nach dem schulischen Abschluss*, also der Übergang in eine Berufsausbildung, eine weiterführende Bildungseinrichtung oder ein Studium.

Die Wahrnehmung der Aufgaben der Berufsorientierung und Berufsvorbereitung der Schule durch die Expertinnen und Experten variieren, je nachdem ob eine Außen- und Binnenperspektive eingenommen wird und über welche Schulformen gesprochen wird. Eine generelle Einschätzung einer Expertin über die Qualität des Schulsystems lässt sich wie folgt zusammenfassen: Über die Organisation des Unterrichts in den verschiedenen Schulformen im allgemeinbildenden Bereich werde in der Öffentlichkeit viel diskutiert. Dabei gälte primär der gymnasiale Bildungsgang als gut und zielführend für die Entwicklung der Jugendlichen und werde nicht in Frage gestellt. Dadurch gerieten alle anderen Schulformen unter Druck nur als „die zweite Wahl“ zu gelten. Zur Gewährleistung von Qualität im gegliederten Schulsystem und zur Wahrung der Chancen aller Jugendlichen sei aber eine Akzeptanz aller Schulformen und von Bildungsabschlüssen mit ihren jeweiligen unterschiedlichen pädagogischen und didaktischen Wegen notwendig. Wichtig wären die Möglichkeiten des Zugangs zu und des Übergangs zwischen verschiedenen Bildungsgängen und Bildungsstufen innerhalb des Bildungssystems und seiner Teilbereiche, also die Gewährleistung von Durchlässigkeit.

Die Schule wäre für Schülerinnen und Schüler ein wichtiger Sozialisationsort, an welchem neben der Wissens- und Wertevermittlung die Berufsorientierung zu einem immer bedeutenderen Thema wird. Aus der Binnensicht von Schule gälte es, eine *Balance der Themengebiete im Schulalltag zu halten*. Dazu gehöre, dass Schule sich auf ihre Kernaufgabe, den Unterricht, konzentrieren können muss „und nicht im Rahmen eines Pre-Berufsausbildungsinstituts agiert“. Die Vielfalt von Initiativen und Angeboten und die daraus resultierende Unübersichtlichkeit können zum Problem der Schulen werden. Die Schule stehe vor der Anforderung, aus der Breite des Angebots auszuwählen und eigene Leistungen mit denen von externen Partnern zu einem Gesamtangebot zu bündeln.

Von vielen Expertinnen und Experten wird dementsprechend die Vielzahl an Angeboten der Berufsorientierungsmaßnahmen kritisiert, die die allgemeinbildenden Schulen „überschütten“ würden, was zur *Unübersichtlichkeit* für die Jugendlichen und für die Schulen führe. Die Schule sei zur Auseinandersetzung mit den Maßnahmen gezwungen, um eine systematische, kompetenzorientierte und praxisbezogene Berufsorientierung zu leisten, wobei die Bildungsagentur keinen organisatorischen Rahmen für

die Berufsorientierung an Schulen vorhielte. Grundsätzlich stehe auch nur ein geringer Anteil an Lehrerwochenstunden für diesen Bereich zur Verfügung.

Des Weiteren sei der Modellcharakter vieler Orientierungsprojekte schwierig. Nach einer Phase der Auswahl der Strukturierung und Organisation des Projektes, folge eine finanzierungsabhängig begrenzte Praxisphase. Das Ende einer Finanzierung ziehe dann eine Neuausschreibung eines Projektes nach sich, was für Bildungsträger wiederum eine neue Projektauswahl und Neuplanung der Projektumsetzung zur Folge hätte. Diese Art der *Projektpraxis führe zu einem hohen Organisationsaufwand und zu Beziehungsabbrüchen*. Eine Expertin macht deutlich, dass sich der Verwaltungsaufwand für die Schulen bei Angeboten zur Berufsorientierung in den letzten 3-4 Jahren verzehnfacht habe. Deutlich sei, je besser ein Konzept zur Berufsorientierung an der Schule entwickelt sei, umso leichter wäre es für die Pädagogen dieses umzusetzen.

Wichtig ist aus Sicht der Befragten eine Zusammenarbeit zwischen den Akteuren: Schulen, Schüler, Lehrer, Kooperationspartner und Eltern sollen gemeinsam ein *Schulprogramm entwickeln* und ein Bildungskonzept auf die Beine stellen. Dabei muss das generelle Problem der Verantwortlichkeit zwischen den einzelnen Akteuren (Eltern, Schule und Unternehmen) geklärt werden. Über die notwendige Anzahl von Kooperationen gehen die Einschätzungen auseinander: Schulen sollten mit wenigen, zuverlässigen, regionalen Kooperationspartnern zusammen arbeiten, anstatt zu viele Kontakte nach außen pflegen zu müssen, repräsentiert die eine Haltung. Dem gegenüber steht: Da die Unternehmensstruktur in Mittelsachsen durch Mittelstand und Kleinstbetriebe geprägt sei, müssten die Schulen bereit sein, mit sehr vielen Kooperationspartnern zusammenarbeiten. Es gäbe gute Beispiele von Schulen, die „mehr als 100 Kooperationspartner“ hätten.

An Angeboten, Orientierungs- und Fördermaßnahmen zur Vorbereitung auf die Übergänge am Ende der Schulzeit müssten auch Kommunen und die Wirtschaft arbeiten. Da aus der Sicht aller Expertinnen und Experten die praktische Erfahrung zu einer guten Orientierung dient, wird die zentrale Bedeutung von Kooperationen zwischen Schulen und Unternehmen betont. Dabei fehle es in Mittelsachsen aber an Konzepten zur Unterstützung der regionalen Mobilität, die Jugendlichen müssten Praktikumsplätze und Berufsschulzentren erreichen können.

Zwischenfazit: Aus den Interviews wird die verstärkte Durchführung von Berufsorientierung an Schulen deutlich. Dabei weisen besonders die Experten aus der Binnenperspektive auf die (fehlenden) Ressourcen und Rahmenbedingungen an Schulen sowie den zunehmenden Wettbewerb zwischen Schulen, beispielsweise um Kooperationspartner hin. *Aus Sicht des Landkreises Mittelsachsen und einer*

regionalen Koordinierung wäre zu fragen, ob und in welchem Umfang Schulen um Fördergelder, Kooperationspartner und Praktikumsplätze konkurrieren und welche Folgen sich daraus für die Schülerinnen und Schüler ergeben. Hier wäre eine regionale Koordinierung gefragt, die auch die Erreichbarkeit von Unternehmen und Berufsschulzentren sowie die Möglichkeiten regionaler Mobilität im Blick hat.

3.5 Maßnahmen zur Berufs- und Studienorientierung

Die Expertinnen und Experten thematisieren mehrheitlich, dass die inhaltliche Bewertung einzelner Maßnahmen aufgrund der Fülle von Angeboten und Projektträgern und einer zum Teil marginalen Informationsbasis nicht immer zufriedenstellend möglich sei. Während in vielen Interviews hervorgehoben wird, dass die Projekte an Schulen heute, im Gegensatz zu früher, einem gewissen Ordnungsprinzip folgen und Kernziele der Berufsorientierung wirkungsvoller umsetzen können, existieren nach Meinung einiger Interviewpartner verschiedene Programme oft nebeneinander und wären nicht immer miteinander abgestimmt.

Aus Sicht unternehmensnaher Experten gibt es ein wesentliches Kriterium: berufspraktische Anteile erhöhen – Die Betriebe wollen und sollen die Jugendlichen über Praktika und Ferienjobs kennenlernen. Das schaffe gegenseitige Verlässlichkeit. Reine Berufsberatung sei nicht so effektiv wie berufspraktische Erfahrungen. Neben dieser Meinung verweisen aber auch Interviewte darauf, dass die kontinuierliche Berufsorientierung so früh wie möglich beginnen solle. Ein Experte hält es für notwendig schon in der Grundschule damit zu beginnen, da in diesem Alter leichter Interessen geweckt werden können.

Zielbezogene Finanzierungsformen erleichtern die Arbeit in Projekten, machen diese manchmal erst möglich, können aber laut Einschätzung der Experten und Expertinnen auch zu selbst konstruierten Sachzwängen durch eingangs verabredete Ziele werden, da der Aufwand zur Durchführung der Projekte immer größer werde und definierte Zielvereinbarungen Entscheidungsfindungen zwar erleichtern und legitimieren, aber nicht immer messbar sind. Die Weiterführung von Projekten hänge aber auch von Erfolgsmeldungen ab. Ziel- und erfolgsorientierte Vorgaben würden dazu verpflichten, das Handeln an vordefinierten Maßstäben auszurichten und in den Mittelpunkt träte dann das Erfüllen von allgemein belegbaren Leistungen, ohne regionale Aspekte immer zu berücksichtigen.

Öffentliche Veranstaltungen zur Berufsorientierung ziehen einen hohen Aufwand seitens der Organisatoren und der sich beteiligenden Unternehmen nach sich, betont eine Expertin und verweist bei einigen Veranstaltungen auf eine gewisse „Alibifunktion“. Wirkliche Orientierung gäben langfristig angelegte Projekte zwischen Unternehmen und den Mittelschulen und Kindertagesstätten, wenn nicht nur

über Berufsfelder berichtet, sondern den Kindern und Jugendlichen die Chance zum Ausprobieren gegeben würde.

Mehrere Interviewpartnerinnen und -partner gaben Einschätzungen zum Berufswahlinstrument *Girls' und Boys' Day* ab. Eine Aussage ist, dass diese Veranstaltung nur im städtischen Raum Sinn mache, weil dort die Angebote leichter zu erreichen sind und die Jugendlichen einiges an einem Tag ausprobieren können. Aus Sicht einer Gesprächspartnerin sei so ein Tag aber zu kurz, als dass er nennenswert zur Berufsorientierung beitragen könne. Nach Aussagen einiger Experten und Expertinnen sind das Interesse und die Teilnehmerzahlen beim *Girls' und Boys' Day* im Landkreis Mittelsachsen rückläufig. Auch gibt es Zweifel am Sinn einer geschlechtsspezifischen Ausrichtung von Veranstaltungen zur Berufsorientierung. Bei Jugendlichen einer Förderschule im Landkreis sei der *Girls' und Boys' Day* noch kein fester und nachhaltiger Programmpunkt der Berufsorientierung geworden. Bei Förderschülern herrschten Unsicherheiten wegen der fehlenden pädagogischen Begleitung und im Umgang mit anderen Schülern aus den Mittelschulen und Gymnasien.

Auf *Messen und Gewerbeschauen* können sich Jugendliche über verschiedene Berufe informieren. Ob die potentiellen Arbeitgeber bei diesen vielen, kleinen Veranstaltungen Jugendliche erreichen, bleibt fraglich. So wird einerseits in einigen Interviews die Ansicht vertreten, dass bei weniger, dafür größer angelegten Veranstaltungen die Erfolge wahrscheinlich besser wären, mit Jugendlichen ins Gespräch zu kommen und diese gezielt zu informieren. Andererseits wird in einem Interview behauptet, dass die vielen, auch großen, Veranstaltungen zum Thema Ausbildung ein falsches Signal seien, da damit vermittelt würde, dass alle Jugendlichen eine Chance auf eine Ausbildungsstelle besitzen, was nicht auf alle Jugendlichen zuträfe.

Der *Berufswahlpass* als individuelle Berufswegplanung könnte, aus Sicht der Expertinnen, für die Schülerinnen und Schüler eine gute Hilfe sein, um den Prozess der Berufsorientierung transparent zu gestalten, insofern diese organisatorisch Unterstützung durch ihre Schulen erhalten. Bei der Einschätzung zum Bewerberverhalten Jugendlicher wird in einem Interview in Frage gestellt, ob der Pass mit seinen fachlichen und persönlichkeitsbezogenen Daten wirklich hilfreich für die Bewerbung zur Berufsausbildung ist. Wenn der Pass beim Vorstellungsgespräch vorgezeigt werde, könne er durchaus auch „kritische“ Auszüge enthalten. Der Interviewpartner betont weiterhin, dass er kein Unternehmen im Landkreis kenne, das den Berufswahlpass bis jetzt bei einem Vorstellungsgespräch vorgelegt bekam. Der Berufswahlpass hat sich noch nicht etabliert, wird von verschiedenen Seiten aus argumentiert und zeigt unterschiedliche Sichtweisen zum Thema: Es bedarf der Eigeninitiative der Schülerinnen und Schüler und der Motivation durch die Schule diesen zu führen. Viele Unternehmen wüssten seit einer

vor zwei Jahren geführten Kampagne von diesem strukturgebenden Instrument der Berufsorientierung, beteiligten sich aber nicht an der Finanzierung und hätten somit keinen Bezug zum Berufswahlpass.

Beim *Projekt Schau rein! Woche der offenen Unternehmen* verweist ein Interviewpartner darauf, dass die Beteiligung der Schülerinnen und Schüler in Mittelsachsen unter zehn Prozent liege. Eine mögliche Erklärung für die geringe Beteiligung besteht, aus Sicht eines Experten, aufgrund der fehlenden individuellen Beweglichkeit der Jugendlichen und der damit verbundenen schlechten Erreichbarkeit von Betrieben. Eine Woche der offenen Unternehmen würde aus dieser Sicht nur in Verbindung mit einem Konzept zur Unterstützung der regionalen Mobilität funktionieren. Dabei lenkt er die Aufmerksamkeit nicht nur auf das pädagogische sondern auch politische Handlungsfeld. Politische Engagements für das Gelingen der Berufsorientierung sind wichtig und für eine gelungene Strukturpolitik unumgänglich.

Die *Arbeitskreise Schule-Wirtschaft* werden als ein wichtiges und zukunftsweisendes Förderinstrument wahrgenommen, bei dem sich nach Aussage einer Expertin die Wirtschaft – in Zusammenarbeit mit den Schulen – federführend engagieren sollte. Den Wunsch nach einer regionalen Ausbildungspolitik mit gleichberechtigten Akteuren wünscht sich ein anderer Interviewter. Mit dieser Begriffsdefinition ist zunächst ein kooperativer Umgang der Partner gemeint, um mehr praktische als administrative Inhalte zu besprechen und individuelle, gesellschaftliche und wirtschaftliche Ziele miteinander zu verbinden. Schwächen in der regionalen Zusammenarbeit wären darauf zurückzuführen, dass Unternehmen noch zu wenig eingebunden sind und nicht in die Pflicht genommen würden. Dazu braucht es ein Bekenntnis aller berufsbildungspolitischen Akteure in der Region – eine regionale Verantwortungsgemeinschaft. Hierzu muss gegenseitiges Vertrauen aufgebaut werden. Wünschenswert sind langfristige Projektpartnerschaften und eine gesicherte Finanzierung.

Die Arbeit der *Berufseinstiegsbegleiter* zur Verbesserung der Chancen der Jugendlichen auf einen erfolgreichen Einstieg in eine berufliche Ausbildung wird nicht oft thematisiert, in einzelnen Interviews aber positiv wahrgenommen. Jedoch hält es ein Interviewpartner für bedenklich, Schülerinnen und Schüler auszuwählen. Hier wäre eine Differenzierung der Entscheidungen für diese Hilfemaßnahme notwendig. Die Aussagen dieses Interviewpartners sind eindeutig aus der Innensicht der Schule zu verstehen. Die Bewertung dieser Maßnahme definiert er innerhalb eigener Strukturen und geht davon aus, dass Berufseinstiegsbegleiter nicht in allen Schulen essentiell sind, da gewisse Hilfestellungen bei ausreichender Budgetierung durch das pädagogische Personal der Schule gegeben werden könnten.

Die Experten schätzen das *Qualitätssiegel für Berufs- und Studienorientierung* als erfolgreiches Konzept der Berufsorientierung in Sachsen ein, da dieses Förderinstrument die Ergebnisse der Kompetenzentwicklung in den Mittelpunkt stellt und relativ offen ist für unterschiedliche Wege zur Erreichung dieser Ergebnisse. Um ganzheitlich nicht nur die notwendige Sach-, sondern auch Sozial- und Selbstkompetenz zu vermitteln, bedarf es laut Aussage eines Experten klarer Freiräume für die Schule und einer Weiterentwicklung von Möglichkeiten bei personalrechtlichen Befugnissen insbesondere bei schulischen Projekten und beim unterrichtsnahen, technischen Personal. Aus Sicht eines Interviewpartners ist die Schule bei Berufsorientierungsmaßnahmen Informationsgeber und hat keine so starke Steuerungsfunktion. Welche Angebote die Schülerinnen und Schüler wahrnehmen, obliege der Verantwortung der einzelnen Jugendlichen und deren Eltern.

Zwischenfazit: Der Diskurs um berufsorientierende Maßnahmen scheint vordergründig davon geprägt zu sein, gewünschte und erwartete Verbindlichkeiten zu definieren, zu erfassen und kontinuierlich zu überprüfen. Damit wird der Blick explizit auf die Steuerung und die Wirksamkeit von Prozessen bei der Berufsorientierung gerichtet. Die Frage, die sich dabei aufdrängt, ist, ob tatsächlich auch gelernt wird, was gelernt werden soll. In diesem Zusammenhang steht auch die Frage nach dem Kompetenzzuwachs, da die Berufsorientierung für die Jugendlichen in den jüngeren Jahrgangsstufen, aus Perspektive einzelner Interviewpartner, noch nicht unbedingt immer im Mittelpunkt ihrer Interessen und Wahrnehmung läge. Immer mehr Maßnahmen mit immer jüngeren Jugendlichen bedingen höhere Teilnehmerzahlen und fordern eine Auseinandersetzung mit persönlichen Entwicklungswünschen, biographischer Steuerung und eigenen Autonomiebestrebungen der Kinder und Jugendlichen. Dementsprechend müssen Ressourcen bereitgestellt werden und ein effizienter Interessenausgleich in der Region zwischen Bildungs-, Sozial- und Wirtschaftspolitik angestrebt werden. Wahrscheinlich kommt es weniger darauf an, konkret messbare Ziele erreichen zu wollen, sondern mit dem Geschick und der Erfahrung der Akteure Abläufe zu organisieren, die offen und langfristig ausgerichtet sind und durch zuverlässige Rückmeldungen eine eigene Steuerungs- und Selbststeuerungsdynamik entwickeln.

3.6 Die Perspektiven auf die Unternehmen als Akteure

Unternehmen sind, aus Sicht der Interviewten, aufgrund des Fachkräftebedarfs und der Angst, keine Auszubildenden zu bekommen, gezwungen aktiver zu werden und sich in die Orientierungsmaßnahmen einzubringen, hier hat in den letzten Jahren ein Wandel stattgefunden. Die Unternehmen im Landkreis würden großes Interesse zeigen, sich zu beteiligen, dabei gäbe es allerdings Unterschiede im Engagement der Unternehmen. Die Sensibilisierung der Betriebe für die Situation und dafür, dass sie etwas tun müssen, müsse noch weiter wachsen. Die gut ausgebildeten, mobilen und flexiblen Jugend-

lichen würden sich Betriebe mit entsprechend lukrativen Bedingungen selbstständig aussuchen. Wichtig bei der Entscheidung für ein Bleiben im Betrieb scheint auch zu sein, dass der Betrieb in einer gewissen Kontinuität ausbildet und Erfahrung im Umgang mit Lehrlingen hat.

Viele Unternehmen nutzen die Veranstaltungen, beim ‚Tag der offenen Unternehmen‘. Beispielsweise stellen die Unternehmen sich nicht mehr nur dar, sondern geben teilweise den Jugendlichen auch die Chance etwas praktisch auszuprobieren. Für die Ausbildung auch benachteiligter Jugendlicher müssten, nach Meinung der Expertinnen und Experten, Wirtschaft und Unternehmen mehr Verantwortung übernehmen: „Betriebe sind der Schlüssel“. Die weniger guten Schülerinnen und Schüler müssten beworben werden, auch um diese müssten sich die Betriebe bemühen. Gerade im Förderschulbereich würde, aus Experteneinschätzung, zu wenig gemacht. Zusätzlicher Förderunterricht erhöht, nach Expertensicht, den erfolgreichen Abschluss einer Berufsausbildung bei Förderschülern. Auch die Unternehmen sollten sich hier stärker engagieren. In Bezug auf die Entscheidung für einen jungen Menschen als zukünftigen Auszubildenden, findet in den Interviews immer wieder Erwähnung, dass Noten nicht das entscheidende Kriterium seien, sondern die persönlichkeitsbezogenen Kompetenzen und das Engagement. Diese Einschätzung teilen jedoch nicht alle Expertinnen und Experten, aufgrund der offenbar steigenden Komplexität der Berufe. Dies wirke sich auch auf die Komplexität der Ausbildung aus, so dass die Wahrscheinlichkeit hoch sei, dass Jugendliche mit schlechteren Noten im Schulbereich, im Berufsausbildungsbereich trotz ausbildungsbegleitender Maßnahmen scheitern könnten.

Viele Unternehmen könnten ihre Fachkräfte für spezialisierte Aufgaben aus den eigenen Reihen rekrutieren, angelernte Mitarbeiter weiter qualifizieren und an sich binden. Den „idealen“ Mitarbeiter muss man sich allerdings „heranziehen“. Das könnten Schule und Projekte nicht leisten. Hier wird den Unternehmen durch die Expertinnen und Experten eine *wichtige pädagogische Aufgabe* zugesprochen, welchen vielen Unternehmern anscheinend nicht bewusst sei: „Lehre (...) ist ein Arbeitsverhältnis und es ist ein Ausbildungsverhältnis. Und der Paradigmenwechsel in Richtung Ausbildungsverhältnis ist wichtig, also die erzieherische Seite“.

Auf der Leistungsebene ist nach Expertenmeinung zu beachten, dass die Leistungen von Jugendlichen mit einer Werker Ausbildung oder Stufenausbildung mit verringerten Anforderungen, entsprechend anerkannt werden. Unternehmen werden in Zukunft wahrscheinlich auf weniger qualifizierte Arbeitskräfte angewiesen sein.

Im Allgemeinen können, nach Ansicht der Expertinnen und Experten, Unternehmen für die Jugendlichen sehr motivierend sein, vor allem durch Praktika. Die Durchführung von Praktika dient nicht nur

dem Einblick in den Beruf für den Jugendlichen, sondern auch dem Kennenlernen des Jugendlichen aus Unternehmenssicht, so dass vor allem im Handwerk der Weg zu einer Ausbildung über die Absolvierung eines Praktikums läuft. Die Schwierigkeit im Handwerk alle Ausbildungsplätze besetzen zu können, scheint aber nicht ausschließlich an der mangelnden Nachfrage der Jugendlichen zu liegen, sondern sie liegt nach Einschätzung der Experten auch in dem geringen und stark differenzierten Ausbildungsentgelt und an der Ausbildungsqualität.

Zwischenfazit: Der (antizipierte) Fachkräftemangel führt nach Einschätzung aller Expertinnen und Experten zu einem verstärkten Engagement der Unternehmen in der Berufsorientierung und Berufsvorbereitung, *gleichwohl werden erhebliche Differenzen in der Aktivität der Unternehmen wahrgenommen*. Der Einstellung von Auszubildenden in ein Unternehmen stünden unterschiedliche Gründe entgegen wie beispielsweise die schwankende Auftragslage aber auch regionale infrastrukturelle Mängel im öffentlichen Personennahverkehr. *Auf jeden Fall bräuchten Unternehmen Unterstützung bei der Koordinierung und Vernetzung von ausbildungsbegleitenden Maßnahmen.*

3.7 Die Wahrnehmung von Netzwerken und Kooperationen

Das Feld des Übergangs zwischen Schule und Ausbildung ist von einer Vielzahl von Akteuren geprägt. Berufsausbildung gelingt, nach Ansicht einer Gesprächspartnerin, dort am besten, wo es Kooperationen zwischen Schule und Ausbildung gibt. Dass Kooperationen und Netzwerke notwendig sind, betonen alle Expertinnen und Experten.

Alle Interviewpartnerinnen und -partner scheinen an gleichen und sich überschneidenden Netzwerkstrukturen zu partizipieren. Dabei gelten die allgemeinbildenden Schulen und die Berufsschulen als die zentralen Netzwerkpartner in der Region. Die Interviewten nehmen Eltern, die Agentur für Arbeit, Unternehmen, Träger der Berufsorientierung und das Jugendamt als Kooperationspartner von Schulen wahr. Es besteht ein wechselseitiger Nutzen der jeweiligen Kooperation, an die je nach Kooperationspartner auch unterschiedliche Erwartungshaltungen gekoppelt sind. Die Schulen würden schon länger auf Kooperationspartner, Netzwerke und eine gute Berufsorientierung setzen, um eine positive Außendarstellung zu erlangen, da der Wettbewerb zwischen einzelnen Schulen oder Bildungseinrichtungen durch die demographische Entwicklung verschärft wurde. Kleine und mittelständische Unternehmen würden bei der Gewinnung von Schulabgängern für ihre freien Lehrstellen von lokalen Netzwerken und der Zusammenarbeit mit Schulen profitieren.

Bei der Nachfrage nach Kooperationspartnern und Netzwerken wird häufig der Arbeitskreis Schule – Wirtschaft genannt, wobei die Interviewten diesen ganz verschieden bewerten. Im Landkreis gibt es drei verschiedene Arbeitskreise Schule – Wirtschaft in drei verschiedenen Städten, die sehr unterschiedlich aktiv wären. Es besteht bei einigen Experten Unsicherheit über den tatsächlichen Nutzen des Arbeitskreises Schule – Wirtschaft. Alle Treffen beruhten auf Freiwilligkeit, so dass sich aufgrund der fehlenden Verpflichtung ein eher loser Verbund von Partnern ergeben würde. So wird auch der Arbeitskreis durch die Expertinnen und Experten selbst unterschiedlich genutzt. Für die einen sei es eine reine Informationsveranstaltung, für andere ein Forum zum Meinungsaustausch und Netzwerken. Ein Interviewpartner fordert, dass der Landkreis hinter dem Arbeitskreis stehe solle, noch würden die verschiedenen Akteure aneinander vorbei agieren, anstatt aktiv zusammenzuarbeiten und die vorhandenen Ansatzpunkte zu intensivieren. Ein weiterer Experte betont, dass es der Vernetzung zwischen Schulen, Verwaltung und Wirtschaft bedürfe. Er plädiert für überschaubare Arbeitskreise von ca. 20 Teilnehmenden sowie für einen kleinräumigen Ansatz, etwa in der Größe der vorherigen Landkreise. Dies sei von Bedeutung, weil sich sonst keine dichten Netzwerke, die auch der Lebenswelt der Jugendlichen entsprechen, bilden lassen. Besonders das Jugendamt sei als Partner sehr wichtig, weil die Probleme der Jugendlichen oft nicht allein in der Berufsorientierung oder dem Übergang von Schule – Beruf liegen würden.

Zwischenfazit: Da die Akteure im Bereich der Berufsorientierung und des Übergangsbereichs Schule – Berufsausbildung nicht zur Kooperation verpflichtet werden können, kann eine Netzwerkarbeit auf regionaler Ebene nur auf freiwilliger Basis geschehen. *Um eine nachhaltige Vernetzung zu etablieren, sollte eine Zusammenarbeit auf der Grundlage vorhandener Strukturen aufgebaut werden, die einen Nutzen oder Mehrwert für alle beteiligten Akteure deutliche werden lässt. Dazu bedarf es einer nachhaltigen Koordinierung und klarer Kommunikationsstrukturen.*

3.8 Das Regionale Übergangsmanagement Mittelsachsen

Das Regionale Übergangsmanagement Mittelsachsen hat 2010 als Strukturprogramm des Landkreises seine Arbeit aufgenommen (vgl. Petersohn 2012). In den Interviews wird die Vielfältigkeit der Aktivitäten des Regionalen Übergangsmanagements deutlich. Der Großteil der Interviewten nimmt das Regionale Übergangsmanagement, je nach Akteursperspektive, als Partner, Kommunikator, Netzwerker, Veranstalter oder Informationsvermittler wahr. Die Intensität der Zusammenarbeit wird dabei, in Abhängigkeiten zum eigenen Bedarf, unterschiedlich dargestellt. Für zwei Interviewpartner ist das Regionale Übergangsmanagement nur ein Begriff, der entweder lediglich aus dem Kontext eines Arbeitskrei-

ses bekannt ist oder durch die vom Regionalen Übergangsmanagement herausgegebenen Informationsbroschüren.

Die Informationsbroschüren und Analysen, die das Regionale Übergangsmanagement herausbringt, werden von einigen der Befragten als Arbeits- und Informationsmaterial verwendet und dienen u.a. als Denkanstoß. Über diesen Denkanstoß geht es, aus Sicht eines Interviewten, allerdings nicht hinaus, dafür fehle dann die Zuarbeit oder das Engagement der beteiligten Akteure. Neben der Vernetzung lokaler Bildungseinrichtungen, was die Region insgesamt zu stärken scheint, rechnet eine Expertin dem Regionalen Übergangsmanagement an, dass es Schulen und Berufsbilder in der Öffentlichkeit bekannter macht. Ein anderer Experte spricht von einem Regionalen Übergangsmanagement mit einem großen Radius, was versucht Strukturen auch überregional anzulegen. Kritisiert wird, dass es im Landkreis Mittelsachsen viele Koordinationssysteme (Arbeitskreise, Wirtschaftskreise, Regionales Übergangsmanagement) nebeneinander gäbe, die parallel und nicht miteinander arbeiten würden. Es sei sinnvoll, die Koordination auf ein „funktionierendes Organ“ zu beschränken. Betont wird außerdem, dass das Regionale Übergangsmanagement besser in der Wirtschaftsförderung angesiedelt wäre, da von dort ein entsprechender Bedarf und Initiative zu erwarten sei. Daraus wird aus unserer Sicht deutlich, dass das Regionale Übergangsmanagement für Steuerungsleistungen institutionell zu schwach ausgestattet worden war, um wirklich koordinierend tätig werden zu können.

Als Rahmenbedingung der Arbeit des Regionalen Übergangsmanagements oder einer Koordinierungsstelle sei die politische Willensbekundung des Kreistages von großer Bedeutung, so könne ein Leitbild zur Berufs- und Studienorientierung als eine gemeinsame Handlungsgrundlage dienen. Wer für eine solche Entwicklung eines Leitbildes im Landkreis Mittelsachsen die Federführung übernehmen könnte, bleibt offen. Wichtig wäre, dass alle wichtigen Akteure darüber beraten und an dem Entwicklungsprozess mitwirken. Einigen Interviewten ist bekannt, dass das Regionale Übergangsmanagement aufgrund des Auslaufens der Förderperiode abgewickelt und im Landkreis eine neue Koordinierungsstelle geschaffen wird. Genaue Kenntnisse über die Aufgabenbereiche und personelle Besetzung der neuen Stelle gibt es bei den Befragten jedoch noch nicht. Eine Expertin hält eine zentrale Stelle der Koordination und Information für sehr wichtig, um die vielen Angebote zu strukturieren und dem Ausufernden der Angebote und Träger entgegenzuwirken. Die Beratung zur Berufsorientierung sollte allerdings aus Sicht der Expertin vor Ort erfolgen und die regionalen Kapazitäten bündeln. An die neue Koordinierungsstelle besteht die Erwartung einer Weiterentwicklung der Kommunikation zwischen allen Beteiligten und das weitere Voranbringen der Vernetzung zwischen Schulträgern.

Zwischenfazit: Das Aufgabenspektrum des Regionalen Übergangsmanagements, Datengrundlagen für den Landkreis zu schaffen, Transparenz von Angeboten herzustellen sowie Kooperationen von unterschiedlichen Akteuren zu entwickeln, wird von den befragten Expertinnen und Experten (bis auf wenige Ausnahmen) anerkennend wahrgenommen. Als schwierig gestaltet sich gegenwärtig die Situation, dass einerseits die Notwendigkeit einer koordinierenden Stelle hervorgehoben wird, andererseits Ungewissheit besteht, wie zukünftig eine Kommunale Koordinierung der Berufs- und Studienorientierung für den Landkreis Mittelsachsen aussehen wird.

4 Fazit und Empfehlungen

Bisher im Landkreis durchgeführte Untersuchungen, Expertisen, Informationsbroschüren und Veranstaltungen führten zu einer *differenzierten Wahrnehmung* der Situation im Übergang von Schule in den Beruf. Dennoch sollten weitere Anstrengungen in die folgende Richtung gehen:

- Die einzelnen Perspektiven der Interviewpartnerinnen und -partner ergeben ein ausgesprochen differenziertes Bild, das aber nicht jedem Akteur insgesamt gegenwärtig ist. Hier wäre ein weiterer *Erfahrungsaustausch zwischen den unterschiedlichen Institutionen sehr sinnvoll, der das Feld des beruflichen Übergangs nicht zu eng fasst.*
- Die widersprüchliche Einschätzung der zukünftigen Entwicklung des Arbeitsmarktes *verlangt eine fortlaufende Beobachtung*: Die Technisierung der Berufe führt einerseits zum Zurückdrängen von Hilfsarbeiterjobs, sodass viele Firmen auf komplett ausgebildete und fachgerechte Arbeiter Wert legen. Wie es der Begriff Fachkräftemangel nahe legt, wird hier ein wachsender Bedarf vermutet. Es gibt aber auch Stimmen, die für niedrig Qualifizierte bessere Berufschancen sehen.

Es ist zu berücksichtigen, dass sich aus den wahrgenommenen Veränderungen der Kontextbedingungen nicht unmittelbar Schlussfolgerungen für die Entwicklung des Übergangs ziehen lassen. Obwohl die meisten Interviewpartner von quantitativen Verschiebungen ausgehen, weisen ihre Aussagen ganz deutlich auf *qualitative bildungspolitische Dimensionen* der Veränderungen.

- Ob es tatsächlich (wieder) zu einer Aufwertung des Dualen Systems und der Facharbeiterausbildung kommt, erscheint bei weiterer *Differenzierung der beruflichen Landschaft* fraglich: Zum einen bestehen Forderungen, Werker- und Teilfachausbildungen auf eine breitere Basis zu stellen und die Modularisierung bei Weiterbildung zu ermöglichen. Zum anderen spielen Berufsfachschulen eine wichtige Rolle.
- Die weitere Funktion des sogenannten Übergangssystems ist zu klären: Einerseits verliert es – zumindest quantitativ – an Bedeutung, andererseits wird es immer mehr zum „Sammelbecken“ für Jugendliche, die an der ersten Schwelle scheitern bzw. zu scheitern drohen. Ähnliche ‚Verwirrungen‘ zeigen sich aber auch bei den Beruflichen Schulen und in den Verwaltungen.
- Zwar herrscht der Tenor vor, dass neue Bildungsmodelle entwickelt werden müssen, die aber nicht ein neues Informationsdickicht und neue Schwellen in die berufliche Tätigkeit hervorbringen dürfen.

- Die „Lücke an Fachkräften“ wird nicht dadurch geschlossen, dass Jugendliche, „die übrig sind“, in freie Ausbildungsplätze einmünden, und damit eine Ausbildungsstruktur, die reformiert werden müsse, erhalten wird.

Die gegenwärtige Diskussion um die Veränderungen im Übergang ist sehr stark durch den Output („was auf dem Arbeitsmarkt gebraucht wird“) in den Arbeitsmarkt und eine ökonomische Perspektive bestimmt. Diese ist unerlässlich, darf aber nicht dazu führen, dass die *Lebenswelten der Jugendlichen* aus dem Blick geraten.

- Im Verständnis der Akteure dominiert die Wahrnehmung des Übergangs als Abstimmungsprozess und berufliche Orientierung, die Perspektive auf *Sozialisations- und Reifungsvorgänge* bei den Jugendlichen sowie die (geschlechts- und milieubezogene) selektive *Wirkung als ‚Schwelle‘* sollte deutlich stärker eingenommen werden.
- An nicht wenigen Stellen des Übergangs hat es den Anschein, dass Jugendliche in hohem Maße funktionalisiert werden; der Effizienzdruck, der auf den Akteuren lastet, wird gewissermaßen an die Jugendlichen weitergegeben. Es wäre hilfreich, die Bedeutung der *Jugendphase als eine des Ausprobierens und der Identitätsfindung* ernst zu nehmen.
- Die Akteure im Übergang fokussieren sehr stark auf die berufliche Seite des Erwachsenwerdens. Um tatsächlich begleitend, beratend und unterstützend tätig zu sein, bedarf es einer *ganzheitlichen Sicht* auf Jugendliche – mit allen Lebensbereichen und teilweise sehr komplexen Problemlagen.

In den letzten Jahren wurden zahlreiche Maßnahmen und Projekte entwickelt, die in unterschiedlichem Maße auf den Übergang eingewirkt haben und einen reichen Erfahrungshintergrund ‚produziert‘ haben. Bei der weiteren Entwicklung sind aus unserer Sicht die folgenden Einschätzungen der Akteure wichtig:

- Immer wurde thematisiert, dass der Übergang Schule – Beruf sehr stark durch *das Ausbildungssystem bestimmt wird*, d.h. durch die Interessen der Träger, seine Geschichte wie seine Normen. Die ‚Nachfrager‘ (Jugendliche wie Unternehmen) haben bislang zu wenig realen Einfluss. Es entstehe dadurch viel „Wildwuchs“ auf der Seite der ‚Anbieter‘.
- Die bisherigen Maßnahmen bewegen sich vor allem im Rahmen der Passungs- wie Leistungsebene, und dort sind auch wichtige Veränderungen erzielt worden. Die *Kompetenzebene* bewegt die Akteure derzeit am stärksten und dort sind weitere Entwicklungen sehr gefragt.

Ein zentrales Thema in der Befragung war das der Abstimmung und Koordinierung: Die Forderung danach, „der Ausbildungsmarkt (...) das muss alles in einer Hand liegen“, stößt praktisch auf ein erhebliches Steuerungsproblem, weil die Interessen und Perspektiven der einzelnen Akteure weit auseinander gehen.

- Ungeklärt und damit ein ‚heißes Eisen‘ ist die zukünftige Rolle und die *Entwicklung der verschiedenen Akteure und Institutionen* in dem Feld. Dies erschwert eine Kooperation, weil vor allem das ‚Überleben‘ gesichert wird.
- Das *Regionale Übergangsmanagement RÜM* ist von den Akteuren vor allem durch wichtige Informationsleistungen wahrgenommen worden. Um in diesem Bereich wirklich koordinierend tätig zu werden, bedarf es einer *institutionellen und möglichst personellen Kontinuität* sowie einer *strukturellen Einbindung auf den strategischen Planungs- und Entscheidungsebenen* des Landkreises. Die Ausgestaltung einer zukünftigen Koordinierungsstelle sollte dies berücksichtigen und die Steuerungsmöglichkeiten stärken.

Insgesamt hat durch die veränderten Rahmenbedingungen ein Prozess des Umdenkens eingesetzt: Wichtig erscheint uns, dass der Blick auf den Übergang von der Schule in den Beruf vor allem inhaltliche Diskussionen über die Stellung der Jugendlichen in der Arbeits- und Berufswelt sowie über das Selbstverständnis der unterschiedlichen Akteure erfordert. Damit dafür ein Rahmen gegeben ist, ist aus unserer Sicht die Stärkung und eine kontinuierliche Bearbeitung des Themas auf der politischen Ebene erforderlich.

5 Literatur und Quellen

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2013): 14. Kinder- und Jugendbericht. Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland. Berlin.

Good Practice Center des Bundesinstituts für Berufsbildung (2013); online unter:
http://www.laenderaktiv.de/laenderdb/index.php?action=bbj_detail&id_offer=486

Meuser, Michael/ Nagel, Ulrike (2009): Das Experteninterview – konzeptionelle Grundlagen und methodische Anlage. In: Pickel, Susanne/ Pickel, Gert/ Lauth, Hans-Joachim/ Jahn, Detlef (Hrsg.): Methoden der vergleichenden Politik- und Sozialwissenschaft. Neue Entwicklungen und Anwendungen. Wiesbaden, S. 465-479.

Perspektive Berufsabschluss (Hrsg.): (2012) Regionales Übergangsmanagement. Kommunale Koordination und Kooperation mit der Wirtschaft. Bielefeld.

Petersohn, Ingmar (2012): Kommunale Koordination im Antragsverfahren – Ein Praxisbeispiel. In: Perspektive Berufsabschluss (Hrsg.), a.a.O., s. 43-53.

Sichtermann, Barbara (2013): Hin- und Hergerissen. Von den Widersprüchen jugendlichen Lebens. In: Arbeitsgemeinschaft Weinheimer Initiative (Hrsg.): Lokale Bildungsverantwortung. Kommunale Koordination beim Übergang von der Schule in die Arbeitswelt. Stuttgart. S. 350-358.

Anhang

Leitfaden zu den Experteninterviews

Datenschutzerklärung zu den Experteninterviews

Leitfaden

1. Einstieg: Wir setzen uns im Forschungsprojekt mit dem Übergang zwischen Schule und Ausbildung auseinander. Erläutern Sie bitte kurz, wie sie in diesem Kontext von Schule und Ausbildung (Berufsorientierung und –vorbereitung) verortet sind, was ihre Arbeit beinhaltet.

Was ist Ihnen in Ihrer Arbeit besonders wichtig?

2. Beobachten Sie in den letzten Jahren Entwicklungen, die sich besonders positiv auf den Übergang zwischen Schule und Ausbildung auswirken?

Oder: es wird ganz viel getan in der Berufsorientierung – wie ist das einzuschätzen (z.B. Berufswahlpass, Girls' und Boys' Day, Arbeitskreis Schule-Wirtschaft)?

Welche dieser Entwicklungen bzw. Programme gilt es beizubehalten?

Was gilt es zu modifizieren? Wie?

3. Berufsorientierung und Berufsvorbereitung sowie das Übergangssystem stehen vielerorts auch sehr in der Kritik. Was müsste aus Ihrer Sicht verändert werden?

Was sind aus Ihrer Sicht die größten Hemmnisse, welche dem Wechsel von der Schule in eine Ausbildung im Wege stehen?

Wie ist die Wirkung vorhandener Angebote im Übergangssystem Schule-Beruf aus Ihrer Sicht zu bewerten?

4. Was brauchen Jugendliche um die Schwelle in eine Berufsausbildung erfolgreich zu meistern?

Wie geht man mit Jugendlichen mit „besonderem Förderbedarf“ im Moment um?

Was sollte aus ihrer Sicht getan werden?

5. Welche Erfahrungen haben Sie in ihrem Arbeitsfeld mit Kooperations- bzw. Netzwerkpartnern?

Wie hat sich die Kooperation gebildet? Welche Ziele verfolgen Sie zusammen?

Welche Wünsche oder Erwartungen haben Sie bezüglich ihren Kooperationspartnern?

Verhältnis Kooperation und Konkurrenz?

Abstimmung im „Förder- und Maßnahmen-Dschungel“ oder nebeneinander?

6. Als ein Akteur im Übergangssystem wurde das RÜM gebildet. Nehmen Sie das RÜM als einen Ansprechpartner für sich wahr?

Inwieweit haben Sie mit dem RÜM Kontakt? Wie nehmen Sie die Arbeit vom RÜM wahr?

Was gilt es vielleicht zu verbessern?

Können Sie sich eine Alternative zum RÜM vorstellen?

Was wird aus Ihrer Sicht tatsächlich im Übergangssystem gebraucht?

Ausblick: **Was ist aus Ihrer Sicht notwendig, um die Situation des Ausbildungsstellenmarktes weiter zu verbessern?**

Gibt es noch etwas, was Ihnen wichtig ist, was bisher nicht thematisiert wurde?

Vielen Dank für das Gespräch

Datenschutzvereinbarung zum Interview

Das Interview wird im Rahmen des Forschungsprojektes „Experteninterviews mit Akteuren im Bereich der Berufsorientierung und –vorbereitung und am Übergang Schule-Beruf im Landkreis Mittelsachsen zur Ableitung von Handlungsempfehlungen für Politik, Wirtschaft und Verwaltung“ durchgeführt. Auftraggeber ist der Landkreis Mittelsachsen, „Regionales Übergangsmanagements Mittelsachsen“.

Die Teilnahme am Interview erfolgt freiwillig. Für die Durchführung und wissenschaftliche Auswertung des Interviews sind verantwortlich:

Interviewer/in:

Projektleitung: Prof. Dr. Gudrun Ehlert, Prof. Dr. Stephan Beetz, Hochschule Mittweida

Die Verantwortlichen tragen dafür Sorge, dass alle erhobenen Daten vertraulich und nur im Sinne der Forschung verwendet werden. Der/Die Interviewte erklärt sein Einverständnis mit der Tonaufnahme und wissenschaftlichen Auswertung des Interviews. Nach Beendigung der Bandaufnahme können auf seinen/ihren Wunsch einzelne Abschnitte des Gesprächs gelöscht werden.

Zur Sicherung des Datenschutzes gelten folgende Vereinbarungen
(zutreffendes bitte kreuzen)

Das Interview und damit zusammenhängende Informationen, Tondokumente unterliegen nicht dem Datenschutz, d.h. sie können in Veröffentlichungen und Ausstellungen ohne Anonymisierung verwendet werden

Das Material wird nach folgenden Datenschutzvereinbarungen behandelt:

Tonaufnahme:

Die Bandaufnahme wird vom Bearbeiter bzw. Projektleiter verschlossen aufbewahrt und nach Abschluss der Untersuchung, spätestens jedoch nach 3 Jahren gelöscht.

Zugang zur Bandaufnahme haben der Bearbeiter, Projektmitglieder und Hilfskräfte für die Auswertung.

Auswertung und Archivierung:

Zu Auswertungszwecken wird von der Bandaufnahme eine Transkription angefertigt. Namen und Ortsangaben werden dabei unkenntlich gemacht.

In Veröffentlichungen muss sichergestellt werden, dass eine Identifikation des/der Interviewten und der im Interview benannten Personen nicht möglich ist.

Die anonymisierte Transkription wird als wissenschaftliches Dokument an der Hochschule Mittweida unter Beachtung der Datenschutzbestimmungen elektronisch gespeichert.

Auf der Grundlage der Interviewtranskripte wird ein Ergebnisbericht erstellt, der dem Landkreis Mittelsachsen, „Regionales Übergangsmanagement Mittelsachsen“ bis zum 24. Mai 2013 übergeben wird.

Der/die Interviewte kann seine Einverständniserklärung innerhalb von 14 Tagen ganz oder teilweise widerrufen.

Sondervereinbarung falls erforderlich s. Anlage:

Ort, Datum

Interviewer/in:

Interviewte/r:

IMPRESSUM

Herausgeber:

Regionales Übergangsmanagement - Landratsamt Mittelsachsen

Frauensteiner Str. 43, 09599 Freiberg

Yvonne Gerstenberger • Ingmar Petersohn

Telefon: 03731 799-3491 • Fax: 03731 799-3430 • ruem@landkreis-mittelsachsen.de

Erstellung der Studie/Satz/Layout:

Gudrun Ehlert, Stephan Beetz, Martina Lück und Timo Groß

SoPro e.V./Hochschule Mittweida

Döbelner Str. 58, 04741 Roßwein

Mail: ehlert@hs-mittweida.de

Redaktionsschluss:

23.05.2013

Diese Handreichung wurde erarbeitet im Rahmen des Projektes „Regionales Übergangsmanagement“. Das Regionale Übergangsmanagement Mittelsachsen wird aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung und dem Europäischen Sozialfonds der Europäischen Union im Programm „Perspektive Berufsabschluss“ gefördert.

Der Europäische Sozialfonds ist das zentrale arbeitsmarktpolitische Förderinstrument der Europäischen Union. Er leistet einen Beitrag zur Entwicklung der Beschäftigung durch Förderung der Beschäftigungsfähigkeit, des Unternehmergeistes, der Anpassungsfähigkeit sowie der Chancengleichheit und der Investition in die Humanressourcen.

GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung



EUROPÄISCHE UNION

KONTAKTINFORMATION

Regionales Übergangsmanagement
Landratsamt Mittelsachsen
Fraensteiner Straße 43
09599 Freiberg
Telefon (0049) 03731 799-3491
Fax (0049) 03731 799-3430
eMail ruem@landkreis-mittelsachsen.de
Internet www.uebergangsmanagement-mittelsachsen.de

GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung



EUROPÄISCHE UNION